

Über die erneute Diffamierung Frankfurter Muslime

Islamfeindliche Berichterstattung führt zur Islamfeindlichkeit in der Gesellschaftⁱⁱ und hat auch zur Konsequenz, dass Muslime sich zurückziehen, was wiederum dazu missbraucht wird, ihnen den Vorwurf zu machen, sie würden Parallelgesellschaften bilden.

Die einzig produktive und für den gesellschaftlichen Frieden förderliche Position ist, dass Muslime sich organisieren und aufklären, Dialog führen und in der Gesellschaft & als Teil der Gesellschaft mit gleichgesinnten Organisationen und Individuen für ein besseres Miteinander zusammenarbeiten.

Nun werden aber ausgerechnet diejenigen muslimischen Institutionen, welche sich der Bildungs-, Dialog-, und Sozialarbeit widmen, Denunziationen ausgesetzt und so andere Institutionen der Zivilgesellschaft verunsichert, mit eben diesen muslimischen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Mit der folgenden Abhandlung möchte ich als Freitagsredner des IIS e.V. dem entgegenwirken.

Die langjährigen, zahlreichen und vielfältigen KooperationspartnerInnen des IIS e.V. einerseits sowie die Besucherinnen und Besucher, Aktiven und Verantwortungsträger und Verantwortungsträgerinnen andererseits schätzen das IIS e.V. als authentische und kompetente muslimische Gemeinde der Mitte sowie als ihr Kooperationspartner resp. Sprachrohr innerhalb zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeiten.

Die Vereinsaktivitäten sind transparent. Die Freitagspredigten werden seit Gründung und Beziehung von Räumlichkeiten 1997 in deutscher Sprache abgehalten und sind seit Jahren sogar auf Livestream zu verfolgen.

Das IIS e.V. ist eine aus den hiesigen Bedürfnissen gesund gewachsene Gemeinde. Die Jugend und ethnische Vielfalt in dieser deutschsprachigen Gemeinde ist gar nicht mit Ideologien aus dem Ausland bedienbar!

Daher empfinde ich es als befremdlich danach gefragt zu werden, ob wir „salafistisch“ ausgerichtet sind und ob Saudi-Arabien ein Bezugspunkt in den öffentlichen Aktivitäten unseres Vereins ist. Gleichfalls verstehen wir nicht, dass das IIS e.V. mit politischen Gruppierungen in Verbindung gebracht wird, denn dies entspricht weder den Tatsachen noch - und vor allem – bieten die Vereinsaktivitäten und Veröffentlichungen überhaupt dazu Anlass, solche Fragen zu stellen.

Wir sind eine aus den hiesigen Bedürfnissen gesund gewachsene Gemeinde. Die Jugend und ethnische Vielfalt in unserer deutschsprachigen Gemeinde ist gar nicht mit Ideologien aus dem Ausland bedienbar!

Um das IIS e.V. zu diffamieren werden Dinge unbegründet behauptet. Beispielsweise bezeichnet (weiterhin) ein Journalist Saudi-Arabien als Bezugspunkt der Aktivitäten des IIS e.V.. Als anwaltlich dagegen vorgegangen wurde, nannte er über seine Anwälte als einzigen

Beleg, dass eine ehemalige Zweigstelle des IIS e.V. in Mainz Datteln und muslimische Kleidungsstücke (die übrigens auch von großen Kaufhäusern und Modelabels vertrieben werden) verkauft hat. Natürlich verschweigt der Journalist bis heute seinen „Beweis“, wohlwissend, dass jeder Leser die Lächerlichkeit dessen erkennen würde.

Unabhängig davon weiß ich, dass sich Frankfurt und seine BürgerInnen sowie verantwortungsbewusste Journalisten sich nicht den weiteren Unsachlichkeiten und Vorwürfen nicht anschließen werden.

Fakt ist, dass die Gemeinde des IIS e.V. wie auch seine Partner innerhalb des Dialogs und der Sozialen Arbeit, den Verein kennt und auch zu schätzen weiß. Dazu folgend Referenzen des Vereins: <https://www.iisev.de/verein/ueber-uns/referenzen/>

II.

Christoph Cuntz hat die Neubewertung bzw. Ab-Wertung des DIV seitens des Familienministeriums scharfsinnig bemerktⁱⁱⁱ, verfehlte jedoch den wahren Grund zu erkennen: Nicht Unwissenheit des Familienministeriums bezüglich des DIV hat damals zur Förderung des DIV beigetragen. Sowohl das Bundesinnenministerium als auch Islamismusexperten wurden angefragt und es ergaben sich keinerlei „sicherheitsrelevanten Hinweise auf den DIV“.

Naheliegender für die Neubewertung des DIV ist, dass sich das Familienministerium und andere politisch Verantwortliche nun von der islamfeindlichen Berichterstattung einiger Journalisten sowie der tendenziösen Einstufung des Hessischen Verfassungsschutzes beeinflussen lassen.

Leider hat Christoph Cuntz es auch verpasst, sich besonders hervorzutun: Er fragte als einziger direkt nach einer Stellungnahme beim IIS e.V. und hat diese auch im vereinbarten Zeitraum erhalten. Diese sparte er jedoch gänzlich in seinem Bericht aus.

Die Neubewertung des DIV durch das Familienministerium ist keine untypische Entscheidung einer staatlichen Institution, sondern passt in das Muster, das Professor Schiffauer bereits im Sommer 2014 beschrieben hat:

„Für die Schwerfälligkeit der Ämter zahlte die deutsche Gesellschaft einen hohen Preis. Dabei waren die Kosten für die Observation noch der geringste Teil. Wesentlich höher waren die politischen Kosten. Der Argwohn des Verfassungsschutzes führte dazu, dass den Reformanstrengungen der zweiten Generation [der Muslime in Deutschland] immer wieder Steine in den Weg gelegt wurden. Zahlreiche vielversprechende Projekte wurden vereitelt. Ein Gipfel an Absurdität war etwa, dass das Familienministerium der Initiative „Isl’amour Muslime gegen Zwangsheirat“ eine Förderung verweigerte, weil die Muslimische Jugend und Milli Görüs beteiligt waren – also genau die konservativen Gemeinden, die wegen ihres Familienbildes sonst immer kritisiert werden. Damit konnten sich innerhalb der muslimischen Organisationen genau die bestätigt fühlen, die derartige Öffnungsinitiativen ohnehin ablehnten.“^{iv}

Insofern kann es eine verständliche Folge sein, dass einige muslimische Gemeinden „Öffnungsinitiativen“ meiden, wenn sie erfahren, dass sie dadurch vom Verfassungsschutz und unsachgemäßer Pressearbeit damit diffamiert werden, sie würden die Gesellschaft „unterwandern“ wollen.

Je öfter die Diffamierung des DIV und des IIS e.V. - die vom einschlägig bekannten selbsternannten Islamismusexperten Volker Siefert angestoßen wurde – wiederholt wurde, desto größer wurde die Desinformation; so schrieb beispielsweise die op-online:

„Im Brennpunkt stehen drei der durch den DIV repräsentierten Gemeinden, die von Seiten des Bundesinnenministeriums als „politisch nicht unbedenklich“ eingestuft wurden, bei dem Anti-Radikalisierungsprojekt aber beteiligt sind. Insgesamt nehmen fünf Gemeinden teil. Genannt wurden vom Hessischen Rundfunk der Verein „Islamische Informations- und Serviceleistungen (IIS)“ im Gallusviertel und das „Europäische Institut für Humanwissenschaften“ im Ostend.“^v

Das IIS e.V. war und ist jedoch an keinem Anti-Radikalisierungsprojekt beteiligt und erhält auch keinerlei Fördergelder. Damit kann sich das folgende Zitat, wie es die op-online darstellt, auch nicht auf das IIS e.V. beziehen:

„Die beanstandeten Moscheen seien von Radikalen beeinflusst und „nicht für die Förderung geeignet“, erklärte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD).“^{vi}

Richtig hat es hingegen die FAZ dargelegt:

„Grund dafür, den DIV vorerst nicht zu fördern, sind Zweifel an der politischen Unbedenklichkeit von drei der fünf beteiligten Moscheegemeinden. (...) In die öffentliche Diskussion sind im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwei Frankfurter DIV-Organisationen geraten, die mit dem Präventionsprojekt direkt nichts zu tun haben: das Europäische Institut für Humanwissenschaften, ein Lehrbetrieb, und die Moscheegemeinde Islamische Informations- und Serviceleistungen.“^{vii}

III.

Bereits zwei Jahre zuvor hat Herr Siefert versucht das IIS e.V. zu diffamieren, wobei er unserem Verein keine Gelegenheit gegeben hat, medial dazu Stellung zu beziehen und uns zuvor auch nicht aufgesucht hat. Zudem bediente er sich Quellen, die bereits islamfeindlich aufgetreten sind. Zum Verfassungsschutz kommen wir noch ausführlich.

Herrn Siefert ist seit dem 25.11.2013 bekannt, dass das IIS e.V.

- seit der Gründung im Jahr 1995 rein deutschsprachig ist – dies schließt die Freitagspredigt mit ein
- die erste muslimische Gemeinde ist, welche ein Fair Trade Sortiment führt
- Akademikerinnen und berufstätige Frauen im Aufsichtsrat und Vorstand hat - eine Gelegenheit also, Vorurteile zu beseitigen
- an Meilensteine im interreligiösen Dialog beteiligt war
- Beiträge für die Soziale Arbeit leistet

Herr Siefert entscheidet sich für die Außerachtlassung dieser Fakten und bevormundet damit den Leser in erheblichem Maße.

Ebenfalls unterließ er, neutral über unsere Bildungs-, Inklusions- Sozial-, Begegnung und Friedensarbeit zu berichten, darunter dass zwei Frankfurter Imame – einer vom IIS e.V. sowie der Islamgelehrten Kounta Mbarek von der Tarik Moschee – auf höchster politischer Ebene und bei maximaler medialer Verbreitung ein Zeichen gegen Islamfeindlichkeit und Terror setzten.

Seinen Unterwanderungsvorwurf schmückt Herr Siefert zusätzlich aus. Er schreibt, dass der IIS e.V. „intensiv den Kontakt zu Schulen, Hochschulen, Kirchen und Hochschulen“ sucht – doch tatsächlich reagieren wir zu 95% nur auf Anfragen. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass der IIS e.V. vor allem ehrenamtlich arbeitet und daher allein der großen Nachfrage nicht nachkommen kann. Beispielsweise haben wir für die Jahre 2011-2015 ca. 2460 BesucherInnen verteilt auf 121 dokumentierte Moscheeführungen vorzuweisen, innerhalb derer Begegnungs- und Aufklärungsarbeit geleistet wurde.

Herr Siefert muss sich dem Vorwurf der tendenziösen und unausgewogenen Berichterstattung aussetzen: Auch andere Moscheegemeinden überraschte er mit seinen Angriffen durch seine Berichte, ließ diese medial nicht zu Wort kommen und unterließ derartige Recherche, die seinen Diffamierungen nicht dienlich sind.^{viii}

Gleichzeitig wird der Verfassungsschutz von Herrn Siefert aufgesucht, zitiert und geschont.

Die islamfeindlichen Ausfälle des Verfassungsschutzes, die Schonung der rechten Szene seitens des Verfassungsschutzes – das Hetz-Portal politically incorrect^{ix}, die AFD^x und PEGIDA^{xi} sind laut Verfassungsschutz allesamt für ihre Islamhetze nicht beobachtungswürdig, sowie andere relevante Kritik (Aufbau und Finanzierung der rechten Szene durch V-Männer, NSU- Morde, „Ermittlungsspannen“ sowie Daten- und Beweisvernichtung) – darüber schweigt Herr Siefert, wenn es darum geht, Muslime durch den Verfassungsschutz diskreditieren zu können.

Anlass zu kritischer Beleuchtung des Verfassungsschutzes, insbesondere wenn man ihn als Quelle im Namen der Demokratie aufführt, gab und gibt es reichlich: Vor dem Hintergrund der Verharmlosung der rechten Gewalt seitens des Verfassungsschutzes stellte Grünen-Landeschef Jürgen Kasek in Richtung der Behörde klar:

„Ihr seid ein Problem für diese Demokratie“^{xii}

Leider kann man Herrn Siefert nicht dadurch entschuldigen, er wüsste nichts von den Gefahren, dass der Verfassungsschutz ihn instrumentalisiert sowie dass er Islamfeinden zuspielt – er selbst gibt zu, dass diese Gefahren existieren.^{xiii}

IV.

„Das Islamismuspotenzial wird aufgeblasen“

(Prof. Dr. Werner Schiffauer, Kulturwissenschaftler, der seit vielen Jahren zu islamischen Organisationen in Deutschland forscht)^{xiv}

Islamfeindliches Klima im Wirken der Verfassungsschutzbehörden manifestiert u.a. dadurch, dass Moscheegemeinden die Gemeinnützigkeit (welche steuerlich Vorteile mit sich bringt wie auch Spendengelder befördert) zu Unrecht entzogen wurde^{xv} bzw. islamische Institutionen rechtswidrig im Verfassungsschutzbericht erwähnt wurden.^{xvi} Die Rufschädigung die damit einhergeht, ist der wesentliche Schaden.

Wenn es dem Verfassungsschutz wirklich um den Schutz und der Einhaltung des Rechts geht, so wird dieses Ideal zumindest durch die zahlreichen Rechtsurteile der Gerichte, welche die Grenzüberschreitungen des Verfassungsschutzes verurteilten, stark relativiert. Es scheint, als ob es einigen einflussreichen Verfassungsschutzmitarbeitern um mehr und andere Angelegenheiten geht – das Verteidigen einer gefühlten Leitkultur wie im Folgenden noch deutlich wird.

Dr. Jörn Thielmann, Islamwissenschaftler und zuvor geschäftsführender Leiter des 2008 geschlossenen Kompetenzzentrums Orient-Okzident Mainz KOOM an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, kritisiert den Verfassungsschutzbericht dahingehend, dass allein 31 000 der genannten 43 000 Personen zur islamischen Gemeinschaft Milli Görüs gehörten, die in Deutschland noch nie durch Gewalt aufgefallen sei.^{xvii}

Auch der Verfassungsschutz des Landes Hessen ist für seine Übereifrigkeit in Sachen Beobachtung und Einstufung von Muslimen und deren Institutionen sowie „tendenziöser und gefährlicher“ Behauptungen bereits kritisiert worden.^{xviii}

Grenzüberschreitungen des Verfassungsschutzes Niedersachsens - welche nicht nur Muslime zum Opfer haben - wurden auch von der „Task Force“, die Niedersachsens Innenminister Pistorius eingesetzt hat, festgestellt. Die „Task Force“ trug zusammen, dass der Niedersächsische Verfassungsschutz:

- Daten von publizistisch und journalistisch tätigen Personen, speziell solchen, die sich mit Rechtsextremismus beschäftigen; dazu einem Anwalt und einer Mitarbeiterin der Grünen-Fraktion sowie einem Mitarbeiter der Linkspartei, unzulässig gespeichert hat
- fast 20 Prozent der personenbezogenen Daten (1973) nicht hätte speichern dürfen oder längst hätte löschen müssen
- weitere 20 Prozent (1564) der Daten schnell löschen soll, weil sie für die "Aufgabenerfüllung" nicht notwendig seien

Herr Pistorius zum Fehlverhalten: Nicht "schwarze Schafe", sondern ein "Organisationsverschulden", weil "das System offenbar versagt hat und es keine Absicherung gab" ist Ursache.^{xix}

Trotz gesetzeswidriger Verstöße und Eingriffe in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gibt es trotz alldem keine personellen Konsequenzen (Kündigungen, etc.), denn "es erfolgte ausdrücklich keine Zuordnung der Prüfergebnisse zu einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes".^{xx}

Die Ergebnisse der „Task Force“ sind erschreckend genug, doch sie könnten noch drastischer ausfallen, denn die Unabhängigkeit der „Task Force“ wird aufgrund der Zusammensetzung bezweifelt. Die „Task Force“ setzte sich zusammen aus: Martina Schaffer, Vizepräsidentin des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, Christian Büschen, ehemaliger Verfassungsschutzpräsident, ein LKA-Beamter, drei Mitarbeiter des Innenministeriums, ein Vertreter des Landesbeauftragten für den Datenschutz mit "beratender Funktion".

„Der Verfassungsschutz scheint gerne nach dem Motto "mitgegangen, mitgefangen" verfahren zu sein, (...) Wer also irgendwo aufgetaucht ist, wo man Verfassungsfeindliches vermutet, kann auch ohne jeden konkreten Verdacht in die Akten gelangen. (...) Ähnliches trifft unter der Rubrik Islamismus für Moscheebesucher oder der Teilnahme an einem Freitagsgebet.“^{xxi}

Die Linke fordert aufgrund des Berichts die Auflösung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, da "Bürgerrechte, die Demokratie und der Rechtsstaat" durch diesen zu Schaden kommen.^{xxii}

Deutliche Worte zum Verfassungsschutz hat auch Beate Rudolf im Jahre 2013 (Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte) gefunden:

„Die kommende Bundesregierung muss den Auftrag annehmen, den strukturellen Rassismus bei Polizei und Geheimdienst aufzudecken und anzugehen.“^{xxiii}

Diese Worte sind angesichts der Tatsache, dass Wehrsportübungen militanter Neonazis mit Burschenschaftlern vom Verfassungsschutz verschwiegen werden, trefflich:

„Die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes haben mit Rücksichtnahme auf einflussreiche Alte Herren die extrem rechten Umtriebe in den studentischen Verbindungen immer wieder geleugnet oder kleingeredet“ - Felix Krebs, Autor von Studien zu Burschenschaften.^{xxiv}

Ebenfalls lässt die absichtliche Vernichtung von Beweismaterialien und Schlimmstes erahnen:

„Das Aktenschreddern war Vorsatz und diente der Vertuschung“^{xxv}

Mehr als 310 Akten wurden allein vom Bundesamt für Verfassungsschutz nach Bekanntwerden der NSU-Morde vernichtet; weitere Akten nachgewiesenermaßen in den Landesämtern für Verfassungsschutz Niedersachsen, Berlin, Sachsen und Thüringen. - „Heimatschutz, – Der Staat und die Mordserie der NSU“^{xxvi}.

V.

Jedoch sind es nicht nur Strukturen des Verfassungsschutzes, die Anlass zu berechtigten Sorgen geben: In der Abteilung des Verfassungsschutzes, welche militante Islamisten beobachten soll, traten mehrere Mitarbeiter offenbar durch offen islamfeindliche und rassistische Äußerungen („Muselmann“, „Ölauge“ sowie der Begriff „Herrenrasse“ in Bezug auf das deutsche Volk) hervor. Ein Beamter soll eine Kreuzritter-Spielfigur in seinem Büro so postiert haben, dass ihr Schwert auf eine Miniatur-Moschee gerichtet war.^{xxvii}

Dass also zu diesen strukturellen blinden Flecken auch noch Gesinnungsprobleme einiger Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden kommen, findet hoffentlich darin seine Krone, dass es kein Problem für das Regierungspräsidium in Kassel war, Andreas Temme., nach den NSU-Morden weiterhin zu beschäftigen - mindestens bis November 2011^{xxviii}, bis dieser aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst geschieden war.^{xxix} Tatsächlich arbeitet Andreas Temme weiter im Staatsdienst: beim Regierungspräsidenten in Kassel, Dezernat Beamtenversorgung als Beamter für das Land Hessen.^{xxx} Andreas T. war beim Mord an Halit Yozgat - einem der NSU-Morde - am 6. April 2006 zum Zeitpunkt des Mordes am Tatort gewesen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden bei ihm ein Wehrmachtskarabiner, das Buch `Immer wieder töten – Serienmörder und das Erstellen von Täterprofilen` sowie eine abgetippte Version von Hitlers „Mein Kampf“ gefunden.^{xxxi} Weiterhin hat Andreas Temme keine Alibi für sechs weitere sogenannte „NSU- Morde“.^{xxxii}

Die zahlreichen, oft als „Pannen“ bezeichneten Fehler der Verfassungsschutzbehörden^{xxxiii}, weisen gerade ihrer gleichzeitigen Übereifrigkeit und Übertreibung gegenüber muslimischen Organisationen^{xxxiv} wegen ein besorgniserregendes Muster auf. Auch im zweiten Quartal 2013, nachdem eigentlich eine Sensibilisierung und Aufarbeitung hätte stattfinden müssen, nehmen diese „Pannen“ weiterhin ihren Lauf: Der hessische Verfassungsschutz hat eine Werbeanzeige in einer Zeitschrift für die Organisation „AD Jail Crew“ übersehen, die zum Netzwerk inhaftierter Rechtsextremisten gehört - obwohl der Verfassungsschutz diese Zeitschrift abonniert hat.^{xxxv}

In diesem Zusammenhang interessant: Der Verfassungsschutz-Chef Sachsens - Gordian Meyer-Plath - gehörte in seiner Studienzeit der Burschenschaft Marchia Bonn an und ist bis heute innerhalb dieser als „Alter Herr“ aktiv. Er verschwieg dies bis eine Presserecherche dies an Licht brachte. Erst Ende 2011 ist die Burschenschaft aus dem Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) ausgetreten, welcher für seine rechten Tendenzen bekannt ist. Die Marchia tritt ein für ein „Europa der Vaterländer“ sowie die „Sicherung kultureller Eigenarten“ und Traditionen der „Völker in ihren jeweiligen Regionen und Lebensräumen“.

Sehr fraglich ist, ob ein Amt, das nach dem NSU-Skandal Vertrauen neu gewinnen muss, von jemandem geführt werden sollte, der auch persönlich in den NSU-Skandal verwickelt ist.

Zu seiner Zeit beim brandenburgischen „Verfassungsschutz“ war Gordian Meyer-Plath für die Quelle Carsten Szczepanski zuständig, einem „Ku Klux Klan“-Anhänger, der 1995 wegen versuchten Totschlags an einem Nigerianer zu acht Jahren Haft verurteilt worden war. Die NSUler hätten auch festgenommen werden können aufgrund der Hinweise von Carsten

Szczepanski, jedoch verhinderte dies der Verfassungsschutz Sachsens – unter anderem mit der Hilfe vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Meyer-Plath betreute übrigens persönlich Carsten Szczepanski; Treffberichte aus dem Jahr 1998 tragen die Unterschrift des heutigen Leiters des Verfassungsschutzes Sachsens Meyer-Plath.

Im Verfassungsschutzbericht für Sachsen ist nichts über Burschenschaften zu finden, u.a. obwohl die extrem rechte Leipziger Burschenschaft Germania an ihrem Stammtisch NPD-Mitglieder teilnehmen lässt.^{xxxvi}

Kerstin Köditz - Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission für den Verfassungsschutz – stellt zur Burschenschafts-Mitgliedschaft Gordian Meyer-Plaths fest, dass sich so auch erkläre „weshalb auf meine jährlichen Kleinen Anfragen zu rechtsextremistischen Aktivitäten an sächsischen Hochschulen regelmäßig keine Auskunft zu Veranstaltungen der Burschenschaften erfolgte“.^{xxxvii}

[Die NSU-Mordserie] „Ein Skandal, der ohne Beteiligung des Bundesamts für Verfassungsschutz wohl so nicht möglich gewesen wäre“^{xxxviii}

„In der Debatte um die NSU-Morde hört man oft eine zusammenfassende Einschätzung: Die sogenannten Dienste waren auf dem rechten Auge blind und haben die Gefahr nicht erkannt. Das gilt unserer Ansicht nach auf keinen Fall für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Als kurz nach der Wende in Deutschland Asylbewerberheime brannten und Schlägertrupps wahllos Menschen angriffen und umbrachten, hatten die Beamten im Kölner Bundesamt erwiesenermaßen die Gefahr von rechts erkannt. Immer mit dem Augenmerk, dass daraus rechter Terrorismus werden könnte“.

„(...) damals Dutzende von deutschen Neonazis in den jugoslawischen Bürgerkrieg gezogen sind. Und als diese ab 1991 zurückkamen, gelernt und gesehen hatten, wie man gegebenenfalls kämpft und tötet, fürchtete man, dass diese 'Söldner', wie man sie nannte, hier systematisch rechten Terror etablieren könnten.“^{xxxix}

VI.

Prof. Dr. Werner Schiffauer findet deutliche Worte in seiner Fundamentalkritik dem Verfassungsschutz gegenüber:

„Wenn jetzt der Verfassungsschutz allmählich seine Position revidiert, sollte das kein Anlass sein, sich beruhigt zurückzulehnen. Vielmehr sollte die Arbeit grundsätzlich neu bewertet werden. Die Beobachtung von Gruppierungen, von denen keine Gewalt ausgeht und die nicht zum Umsturz der Verfassung aufrufen, ist Gesinnungsschnüffelei. Der Verfassungsschutz sieht sich gern als „Verfassungs-TÜV“ – er ist aber viel zu abhängig von der Politik, um diese Aufgabe bewältigen zu können. Wenn man überhaupt an dem Amt festhalten möchte, sollte es sich auf die Beobachtung gewaltbereiter Extremisten konzentrieren.“^{xl}

Dem Vorwurf, dass die deutschen Verfassungsschützer Muslime und deren Gemeinden nicht selten als "islamistisch" markieren und damit Muslime unter einem verheerenden Generalverdacht stellen, der zu öffentlicher Ausgrenzung führt, bot u.a. der Deutschlandfunk Raum.^{xli}

Prof. Dr. Werner Schiffauer über verschiedene Lager innerhalb des Verfassungsschutzes:

„Im Verfassungsschutz gab es immer wieder Mitarbeiter, die auf diese [positiven] Entwicklungen^{xlii} hinwiesen. Sie wurden aus politischen Gründen ausgebremst. In den Berichten nach außen dominierte die Bewertung, diese Entwicklungen seien nur eine Fassade, die die eigentlich noch vorhandene islamistische Ausrichtung verschleierte.“^{xliii}

Ein multireligiöses und multikulturelles Miteinander in unsere Gesellschaft wurde und wird vom Verfassungsschutz erschwert

„Vertreter der Evangelischen Kirchen in Deutschland und muslimischer Gruppen diskutierten bei einem internen Treffen im Mai 2014 in Frankfurt viele solche Fälle, bei denen sinnvolle Initiativen daran scheiterten, dass politisch Verantwortliche die Beobachtung der Gruppen durch den Verfassungsschutz als Ausschlussgrund betrachten.“^{xliv}

„Für die Schwerfälligkeit der Ämter zahlte die deutsche Gesellschaft einen hohen Preis. Dabei waren die Kosten für die Observation noch der geringste Teil. Wesentlich höher waren die politischen Kosten. Der Argwohn des Verfassungsschutzes führte dazu, dass den Reformanstrengungen der zweiten Generation [der Muslime in Deutschland] immer wieder Steine in den Weg gelegt wurden. Zahlreiche vielversprechende Projekte wurden vereitelt. Ein Gipfel an Absurdität war etwa, dass das Familienministerium der Initiative „Isl’amour Muslime gegen Zwangsheirat“ eine Förderung verweigerte, weil die Muslimische Jugend und Milli Görüs beteiligt waren – also genau die konservativen Gemeinden, die wegen ihres Familienbildes sonst immer kritisiert werden. Damit konnten sich innerhalb der muslimischen Organisationen genau die bestätigt fühlen, die derartige Öffnungsinitiativen ohnehin ablehnten.“^{xlv}

VII.

Ausdrücklich bedanken möchte ich mich bei all den Medienschaffenden, die durch Ihre Berichterstattung mit Mehrwert für Aufklärung sorgen. Hier eine Auswahl:

- Beitrag vom 07.02.2016 von Asmaa Elidrissi innerhalb des ZDF „SONNTAGS SENDUNG“ zum Thema Mode, Kopftuch & Gesellschaft, in: <http://www.zdf.de/sonntags/kleider-machen-leute-42131324.html>
- Welt-Sichten - Sebastian Drescher: Fairer Handel in der Moschee, in: <https://www.welt-sichten.org/artikel/22371/fairer-handel-der-moschee>
- Qantara - Ulrike Hummel: Islam und Umweltschutz. Die grüne Welle, 23.05.2014, in: <http://de.qantara.de/inhalt/islam-und-umweltschutz-die-gruene-welle>
- Milan Jäger und Monika Gemmer: Frankfurt-Gallus. Das Gallus: Plötzlich in der Mitte, 06. Januar 2015, in: <http://www.fr-online.de/frankfurt/frankfurt-gallus-das-gallus--ploetzlich-in-der-mitte,1472798,29489014.html>
- Frankfurter Rundschau: Gallus. Warte bleibt vorerst wie sie ist, Milan Jaeger, 09. 01. 2015, in: <http://www.fr-online.de/frankfurt/frankfurt-gallus-warte-bleibt-vorerst-wie-sie-ist,1472798,29524684.html>
- Hessenschau vom 09.01.2015 zu den Ereignissen in Paris: <http://www.hr-online.de/website/archiv/hessenschau/hessenschau.jsp?t=20150109&type=v>

Unsere Gemeinde ist vertreten in den folgenden Abschnitten: 6:50 - 7:20, 7:37 - 7:44, 7:59 -8:24, 8:31 - 8:48.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Umfrage unter Frankfurter Muslimen. Unislamische Attentäter, verletzende Zeichnungen, 17.01.2015, in: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurter-muslime-unislamische-attentaeter-13375293-p2.html>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Neue Gemeinde Liberale Muslime streben nach Frankfurt, 02.02.2015, von Stefan Toepfer, in: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/neue-gemeinde-liberale-muslime-streben-nach-frankfurt-13403535.html>
- Lydia Koblofsky / Christoph Wagenseil: Religionen und fairer Handel: Interreligiöser Dialog, Islam und Gerechtigkeit 2015, in: <http://www.remid.de/blog/2015/03/religionen-und-fairer-handel-interreligioeser-dialog-islam-und-gerechtigkeit/>
- FNP-Online: Temperaturen wie in der Wüste. Frankfurt bleibt cool: Trotz Hitze keine Hysterie (Thomas J. Schmidt), in: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Frankfurt-bleibt-cool-Trotz-Hitze-keine-Hysterie;art675,1477281>
- Hessenschau zum Themenkomplex Ramadan, Arbeit und Schule, in: <http://hessenschau.de/tv-sendung/video-18150.html> (ab 3:46)

Schlusswort

Alle, die Werte des Miteinanders und Füreinanders tragen, mögen sich nicht von tendenziöser Berichterstattung zu ideologischen und politischen Spielereien von einer reformbedürftigen Behörde irritieren lassen!

Muslimische Gemeinden müssen weiterhin in dieser Gesellschaft verankert sein, als muslimischer Baustein des multireligiösen wie auch multikulturellen Miteinanders und zwar **mit** den vielfältigen Partnern aus der Sozialen Arbeit, der Gemeinwesenarbeit und dem Dialog!

Auf ein Gelingen dessen

Mohammed Naved Johari

ⁱ Die sog. Basmala, z.Dt.: „Mit dem Namen Gottes, des Allerbarbers, des Barmherzigen...“, schmückt mit einer Ausnahme den Beginn einer jeden Sure – dem quranischen Kapitel. Die Basmala seit jeher Symbol für Absicht und Motivation des Aussprechenden bzw. des Schreibers. Die Doktorurkunde Immanuel Kants ist mit einer kalligraphischen Basmala geschmückt.
https://www.iisev.de/files/bismillah_auf_kants_doktorurkunde.pdf

ii Vgl. Hafez, Kai; Richter, Carola: Das Gewalt- und Konfliktbild des Islams bei ARD und ZDF - Eine Untersuchung öffentlich-rechtlicher Magazin- und Talksendungen: Universität Erfurt 2007.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/070205_hinweis_8.pdf (zuletzt abgerufen am 01.08.2016)

ⁱⁱⁱ Cuntz, Christoph: Das Offenkundige nicht gesehen: Mitglieder eines geförderten Islam-Verbandes sind auch Muslimbrüder, 14.07.2016, in: http://www.echo-online.de/lokales/rhein-main/das-offenkundige-nicht-gesehen-mitglieder-eines-gefoerderten-islam-verbandes-sind-auch-muslimbrueder_17084701.htm (zuletzt abgerufen am 20.07.2016)

^{iv} Schiffauer, Werner: Islam in Deutschland. Verfassungsschutz als Reformbremsen, 17.06.2014, in: <http://www.fr-online.de/meinung/islam-in-deutschland-verfassungsschutz-als-reformbremsen,1472602,27523656.html> (zuletzt abgerufen am 04.08.2014)

^v Eschenauer, Michael: Programm für Jugendliche auf Prüfstand Islamismus: Entscheidung diese Woche, 19.07.16, in: <http://www.op-online.de/region/frankfurt/islamismus-entscheidung-diese-woche-6585960.html> (zuletzt abgerufen am 20.07.2016)

^{vi} Eschenauer, Michael: Programm für Jugendliche auf Prüfstand Islamismus: Entscheidung diese Woche, 19.07.16, in: <http://www.op-online.de/region/frankfurt/islamismus-entscheidung-diese-woche-6585960.html> (zuletzt abgerufen am 20.07.2016)

^{vii} Töpfer, Stefan: Projekt gegen Salafismus. Deutsch-Islamischer Verband will Präventionsprojekt weiterführen, 15.07.2016, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/der-div-will-sein-praeventionsprojekt-fortsetzen-14341218.html>

^{viii} Wie beim Fall der Dietzenbacher Gemeinde, siehe: Schäfer, Horst: Leserbrief zum "Wirbel um angebliches Salafistentreffen in Dietzenbach", 20.01.2015, in: <http://www.ardietzenbach.de/index.php/presse/presseerklaerungen/44-salafisten-wirbel-dietzenbach-leserbrief>

^{ix} Politically incorrect wird lediglich vom Verfassungsschutz in Bayern vom Verfassungsschutz beobachtet.

Ewert, Burkhard/ Kückmann, Franziska: Kritik von Schuster und Pistorius: Gefährlich wie die NPD: Zentralrat der Juden warnt vor „PI News“, 02.02.2015, in: <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/543229/gefaehrlich-wie-die-npd-zentralrat-der-juden-warnt-vor-pi-news> (zuletzt abgerufen am 25.07.2016)

^x Verfassungsschutz-Chef will AfD nicht beobachten lassen, 09.04.2016, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-verfassungsschutz-chef-will-afd-nicht-beobachten-lassen-1.2942241> (zuletzt abgerufen am 25.07.2016)

^{xi} Verfassungsschutzbericht Sachsen. Pegida? Kein Problem, 26.04.2016, in: <http://www.taz.de/!5299315/> (zuletzt abgerufen am 25.07.2016)

^{xii} Verfassungsschutzbericht Sachsen. Pegida? Kein Problem, 26.04.2016, in: <http://www.taz.de/!5299315/> (zuletzt abgerufen am 25.07.2016)

^{xiii} Bacher, Marion: Interviews, 20. April 2015, in: <http://www.drehscheibe.org/recherche-im-radikal-salafistischen-milieu.html> (zuletzt abgerufen am 24.07.2016)

^{xiv} Decker, Markus: Verfassungsschutzbericht. Kritik an Verfassungsschützern, 19.06.2014, in: <http://www.fr-online.de/politik/verfassungsschutzbericht-kritik-an-verfassungsschuetzern,1472596,27542230.html> (zuletzt abgerufen am 04.08.2014)

^{xv} Frank, Manuela: Keine Aberkennung der Gemeinnützigkeit eines islamisch-salafistischen Vereins, 18. Juli 2012. Pressemitteilung des Bundesfinanzhofs vom 20. Juni 2012, in: <https://www.rechtsanwalt.com/rechtsnews/keine-aberkennung-der-gemeinnuetzigkeit-eines-islamisch-salafistischen-vereins> (zuletzt abgerufen am 01.08.2016)

^{xvi} vgl.: Verfassungsschutzbericht über die Muslimische Jugend in Deutschland hält gerichtlicher Prüfung nicht stand, 17.02.2012, in: <http://www.islamische-zeitung.de/verfassungsschutzbericht-ueber-die-muslimische-jugend-in-deutschland-haelt-gerichtlicher-pruefung-nicht-stand/> (zuletzt abgerufen am 02.08.2016)

^{xvii} Decker, Markus: Verfassungsschutzbericht. Kritik an Verfassungsschützern, 19.06.2014, in: <http://www.fr-online.de/politik/verfassungsschutzbericht-kritik-an-verfassungsschuetzern,1472596,27542230.html> (zuletzt abgerufen am 04.08.2014)

^{xviii} Siehe dazu u.A.: http://www.irh-info.de/index.php?kon=nachrichten&kpf=nachan&zeige=nachrichten/2005/n20050630-01_VSB2004_STN_Miksch&nnr=85&winr=200500000085 (zuletzt abgerufen am 17.03.2014)

^{xix} Rötzer, Florian: 40 Prozent der Daten des Verfassungsschutzes Niedersachsen müssen gelöscht werden, in: <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41801/1.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xx} Rötzer, Florian: 40 Prozent der Daten des Verfassungsschutzes Niedersachsen müssen gelöscht werden, in: <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41801/1.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xxi} Rötzer, Florian: 40 Prozent der Daten des Verfassungsschutzes Niedersachsen müssen gelöscht werden, in: <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41801/1.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xxii} Rötzer, Florian: 40 Prozent der Daten des Verfassungsschutzes Niedersachsen müssen gelöscht werden, in: <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41801/1.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xxiii} TAZ am 06.06.2013: Rassismus beim Verfassungsschutz. Ein strukturelles Problem. <http://www.taz.de/Rassismus-beim-Verfassungsschutz/!117594/> (zuletzt abgerufen am 17.03.2014)

^{xxiv} Speit, Andreas: Sächsischer Verfassungsschutzchef. Alter Herr beim Geheimdienst 13.06.2014, in: <http://www.taz.de/Saechsische-Verfassungsschutzchef/!140267/> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xxv} Dirk Laabs, Co-Autor von vom Werk "Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU", in: Hauser, Uli: 21.05.2014, <http://www.stern.de/panorama/3-buch-zur-nsu-mordserie-das-aktenschreddern-war-vorsatz-und-diente-der-vertuschung-2111995.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xxvi} Vgl. Aust, Stefan; Laabs, Dirk: Heimatschutz, – Der Staat und die Mordserie der NSU, Pantheon, 2014 München, S. 19.

^{xxvii} Focus vom 22.03.2013: Geheimdienstler unter Verdacht. Verfassungsschützer nennen Kollegen „Ölauge“ und „Muselmann“. http://www.focus.de/politik/deutschland/geheimdienstler-unter-verdacht-verfassungsschuetzer-nennen-kollegen-oelauge-und-muselmann_aid_945902.html (zuletzt abgerufen am 17.03.2014)

^{xxviii} Vgl. Schulke, C./ Kneier, G-dapd-hes: 15.11.2011. Ehemaliger Verfassungsschützer "kleiner Adolf" arbeitet jetzt in Regierungspräsidium. <http://www.nh24.de/index.php/panorama/22-allgemein/51088-ehemaliger-verfassungsschuetzer-kleiner-adolf-arbeitet-jetzt-in-regierungspraesidium> (zuletzt abgerufen am 01.08.2016)

^{xxix} Vgl. Elendt, G/Herrnkind, K und Gunst, J.: Zwickauer Neonazi-Zelle. Neues von "Klein Adolf". 14. April 2012. <http://www.stern.de/panorama/3-zwickauer-neonazi-zelle-neues-von-klein-adolf-1813158.html> (zuletzt abgerufen am 01.08.2016)

^{xxx} Der Mord und der Mann vom Verfassungsschutz, 06.04.2016, <http://www.stern.de/politik/deutschland/beate-zschaepe-im-nsu-prozess--der-mord-in-kassel-und-der-mann-vom-verfassungsschutz-3251268.html> (zuletzt abgerufen am 01.08.2016)

^{xxxi} Vgl. Focus am 05.07.2012: Skandal um NSU-Terror. Verfassungsschützer unter Mordverdacht. http://www.focus.de/politik/deutschland/nazi-terror/skandal-um-nsu-terror-verfassungsschuetzer-unter-mordverdacht_aid_777475.html (zuletzt abgerufen am 01.08.2016)

^{xxxii} Vgl. Elendt, G/Herrnkind, K und Gunst, J.: Zwickauer Neonazi-Zelle. Neues von "Klein Adolf". 14. April 2012. <http://www.stern.de/panorama/3-zwickauer-neonazi-zelle-neues-von-klein-adolf-1813158.html> (zuletzt abgerufen am 01.08.2016)

^{xxxiii} Die Googleuche unter den Stichworten „Pannen Verfassungsschutz“ am 02.08.2016 53.100 Ergebnisse: <https://www.google.de/webhp?sourceid=chrome-instant&ion=1&espv=2&ie=UTF-8#q=Pannen+Verfassungsschutz>

Am 08.06.2013 ungefähr 140.000 Ergebnisse: http://www.google.de/#output=search&scient=psy-ab&q=pannen+verfassungsschutz&oq=PAnnen+Ver&gs_l=hp.1.3.0i30j0i10i30j0i30l2.1018.7922.0.11887.12.10.1.1.2.272.1299.6j2j2.10.0...0.0.0.1c.1.16.psy-ab.kfCqPVY7HII&pbx=1&bav=on.2,or.r_qf.&bvm=bv.47534661,d.bGE&fp=5305f7b82ce98db7&biw=1600&bih=756

xxxiv Verfassungsschutzbericht über die Muslimische Jugend in Deutschland hält gerichtlicher Prüfung nicht stand, 17.02.2016, in: <http://www.islamische-zeitung.de/verfassungsschutzbericht-ueber-die-muslimische-jugend-in-deutschland-haelt-gerichtlicher-pruefung-nicht-stand/> (zuletzt abgerufen am 02.08.2016)

xxxv Vgl. FAZ vom 13.04.2013: Panne beim Verfassungsschutz. Nazi-Netzwerk übersehen. <http://www.faz.net/aktuell/politik/nsu-prozess/panne-beim-verfassungsschutz-nazi-netzwerk-uebersehen-12147725.html> (zuletzt abgerufen am 01.08.2016)

^{xxxvi} <http://www.inventati.org/leipzig/?p=2178> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xxxvii} Speit, Andreas: Sächsischer Verfassungsschutzchef. Keine Privatsache eines Alten Herren, 15.06.2014, in: <http://taz.de/Saechsische-Verfassungsschutzchef/!140420/> (zuletzt abgerufen am 17.06.2014)

^{xxxviii} Hauser, Uli: 21.05.2014, <http://www.stern.de/panorama/3-buch-zur-nsu-mordserie-das-aktenschreddern-war-vorsatz-und-diente-der-vertuschung-2111995.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xxxix} Dirk Laabs, Co-Autor von vom Werk "Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU", in: Hauser, Uli: 21.05.2014, <http://www.stern.de/panorama/3-buch-zur-nsu-mordserie-das-aktenschreddern-war-vorsatz-und-diente-der-vertuschung-2111995.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2014)

^{xl} Schiffauer, Werner: Islam in Deutschland. Verfassungsschutz als Reformbremser, 17.06.2014, in: <http://www.fr-online.de/meinung/islam-in-deutschland-verfassungsschutz-als-reformbremser,1472602,27523656.html> (zuletzt abgerufen am 04.08.2014)

^{xli} Vgl. Güvercin, E.: Der Verfassungsschutz auf "islamistischen" Abwegen. Wenn Behörden Muslime stigmatisieren. 16.04.2013. <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/1806682/>
<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/2074726/> (08.06.2013)

^{xlii} Vgl. Schiffauer, Werner: Islam in Deutschland. Verfassungsschutz als Reformbremser, 17.06.2014, in: <http://www.fr-online.de/meinung/islam-in-deutschland-verfassungsschutz-als-reformbremser,1472602,27523656.html> (zuletzt abgerufen am 04.08.2014)

^{xliii} Schiffauer, Werner: Islam in Deutschland. Verfassungsschutz als Reformbremser, 17.06.2014, in: <http://www.fr-online.de/meinung/islam-in-deutschland-verfassungsschutz-als-reformbremser,1472602,27523656.html> (zuletzt abgerufen am 04.08.2014)

^{xliv} Schiffauer, Werner: Islam in Deutschland. Verfassungsschutz als Reformbremser, 17.06.2014, in: <http://www.fr-online.de/meinung/islam-in-deutschland-verfassungsschutz-als-reformbremser,1472602,27523656.html> (zuletzt abgerufen am 04.08.2014)

^{xliv} Schiffauer, Werner: Islam in Deutschland. Verfassungsschutz als Reformbremser, 17.06.2014, in: <http://www.fr-online.de/meinung/islam-in-deutschland-verfassungsschutz-als-reformbremser,1472602,27523656.html> (zuletzt abgerufen am 04.08.2014)